

Wahlparteitag

**der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands**

21. Januar 1983

Dortmund, Westfalenhalle

Protokoll der Verhandlungen

Anlagen

X 1275



Herausgeber: Vorstand der SPD, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn -
Redaktion: Hermann Schueler, Bonn - Fotos: J. H. Darchinger, Bonn -
Druck: Druckhaus Deutz GmbH, Niederlassung Bonn - 6-83 - A 1-2.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Tagesordnung	5
Geschäftsordnung	6

Die Verhandlungen

Eröffnung: Helmut Schmidt	9
Begrüßungsansprachen:	
Günter Samtlebe	19
Hermann Heinemann	21
Konstituierung des Parteitages	23
Referat Hans-Jochen Vogel	24
Diskussion	67
Nominierung und Wahl des Kanzlerkandidaten der SPD	78
Bericht der Mandatsprüfungskommission	84
Bericht des Vorsitzenden der Antragskommission – Horst Ehmke ..	95
Diskussion, Antragsberatung und Beschlußfassung über das Wahlprogramm	98
Rede des Vorsitzenden der SPD – Willy Brandt	121

Kundgebung in der Westfalenhalle	130
--	-----

Wortlaut der angenommenen und überwiesenen Anträge

Das Regierungsprogramm der SPD	161
Beschlüsse des Dortmunder Wahlparteitages	193
Anträge zum Wahlprogramm	194
Anträge, die sich nicht auf das Wahlprogramm beziehen	244
Entschließungen	247
Verzeichnis	251

Anlagen

Delegierte	255
Delegierte mit beratender Stimme	263
Gastdelegierte und ausländische Gäste	265
Rednerverzeichnis	266
Register	267

Wortlaut der angenommenen und überwiesenen Anträge

Das Regierungsprogramm der SPD – 1983–1987

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Aufbruch nach vorn	162
II. Arbeit erhalten und neu schaffen	167
III. Den sozialen Frieden bewahren	174
IV. Den Frieden mit der Natur suchen und die Umwelt erhalten	179
V. Der freiheitliche Rechtsstaat gibt dem Bürger Schutz und Gestaltungsmöglichkeiten	183
VI. Wir wollen den Frieden	188
VII. Gemeinsam können wir es schaffen	192

1. Aufbruch nach vorn

1. Die Bürger haben in der Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 ihren Willen eindeutig klargemacht:

- sie wollten vier weitere Jahre sozial-liberale Politik,
- sie wollten den Sozialdemokraten Helmut Schmidt als Bundeskanzler,
- sie wollten auf keinen Fall Franz-Josef Strauß,
- sie wollten keinen CDU/CSU-Kanzler.

Zwei Jahre später haben die Bundestagsfraktionen von CDU, CSU und FDP am Wähler vorbei und gegen den Wählerwillen Bundeskanzler Helmut Schmidt gestürzt. CDU und CSU haben sich mit Hilfe der wortbrüchigen FDP an die Macht gedrängt. Strauß bestimmt, was Kohl darf.

Der Machtwechsel hat keine Mehrheit in der Wählerschaft, er ist auf politisch-moralisch fragwürdige Weise zustande gekommen. Der Regierung Kohl/Zimmermann/Genscher fehlt es an demokratischer Legitimität. Diesem offenkundigen Mangel versucht die Übergangsregierung mit den Neuwahlen am 6. März 1983 abzuwehren.

2. Wir Sozialdemokraten stellen uns selbstbewußt der Entscheidung der Wähler: 16 Jahre sozialdemokratische Regierungsbeteiligung, 13 Jahre sozialdemokratische Kanzlerschaft waren eine gute Zeit für unser Land. Wir sind stolz auf unsere Leistungen und stehen zu unseren Entscheidungen.

Trotz aller Widerstände und Schwierigkeiten haben die Bundesregierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt

- mehr soziale Gerechtigkeit erreicht, den Sozialstaat ausgebaut und den Menschen wesentliche Verbesserungen ihrer materiellen Lage gebracht;
- mehr konkrete Freiheit der Vielen geschaffen, das Zusammenleben der Menschen freier gestaltet und die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten verbreitert;
- die Rechte der Frauen in Familie und Gesellschaft gestärkt;
- unser Land trotz weltwirtschaftlicher Verwerfungen besser durch Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahre gebracht als alle anderen vergleichbaren Industriestaaten, unsere Arbeitnehmer und Rentner in die Spitzenposition bei den Realeinkommen in Europa geführt;
- mehr für die Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen getan als andere und dabei nicht vergessen, daß Umweltschutz nicht vor den Fabrikatoren Halt machen darf;
- den Frieden bewahrt, unser Land zu einem Aktivposten bei den Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung gemacht, Berlin gesichert und dem Zusammenhalt zwischen den beiden deutschen Staaten eine neue Qualität gegeben.

Ohne sozialdemokratische Regierungsarbeit herrschten bei uns auch heute

noch die geistige Enge, das obrigkeitliche Gehabe und die Bevormundung der 50er Jahre. Ohne uns Sozialdemokraten hätten Millionen Frauen keine Aussicht auf tatsächliche Gleichstellung in der Gesellschaft. Ohne uns Sozialdemokraten hätten viele Jugendliche weit weniger Bildungs- und Zukunftschancen. Ohne unsere Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik wären heute hunderttausende Menschen zusätzlich arbeitslos.

3. Wir stehen in der Kontinuität der 16 Jahre sozialdemokratischer Regierungsarbeit. Unsere Entscheidungen in dieser Zeit waren den Rahmenbedingungen angemessen und sind deshalb auch im Rückblick richtig.

Selbstkritisch räumen wir aber auch ein, daß wir nicht immer mit dem nötigen Mut und der erforderlichen Beharrlichkeit am Reformkurs festgehalten haben. Im Ringen um den richtigen Weg haben wir es uns miteinander schwer gemacht. Viele Bürger haben das nicht verstanden, sondern mehr Harmonie und Geschlossenheit von uns erwartet.

Hinzu kommt, daß überall in der Welt Ursachen und Ausmaß der Wirtschaftskrise lange Zeit nicht richtig eingeschätzt wurden.

Wir geben zu bedenken:

- Viele neue Probleme sind so schwierig, daß einfache Antworten häufig falsch sind. Die demokratische Auseinandersetzung ist mühsam. Sie ist aber die beste Sicherung gegen verhängnisvolle Irrwege, sie gewährleistet die dauernde Selbstprüfung und sorgt für notwendige Korrekturen.
- Die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat hat wichtige Vorhaben der Bundesregierung blockiert, andere hat sie verteuert. CDU und CSU haben so über den Bundesrat Milliarden an Mehrausgaben erzwungen. An der heute von ihnen beklagten Entwicklung der Staatsfinanzen tragen sie selbst erhebliche Mitverantwortung.
- Die FDP, auf die wir als Koalitionspartner angewiesen waren, hat sich vor allem in den letzten Jahren zunehmend als Zweckverband zur Durchsetzung egoistischer Gruppeninteressen betätigt. Immer wieder hat sie die Berücksichtigung solcher Einzelinteressen erzwungen und dabei die Verantwortung für das Ganze vernachlässigt.

Trotz dieser Bedingungen haben Sozialdemokraten das Land gut und zuverlässig geführt. Die Menschen in unserem Land leben in Frieden und Sicherheit, frei von unmittelbarer Not. Wir stehen zu unserem Weg.

4. Die Situation unseres Landes ist bislang besser als die der meisten vergleichbaren Industriegesellschaften. Im Hinblick auf die Zukunft aber wachsen in großen Teilen der Bevölkerung Ängste und Sorgen. Mögen diese auch gelegentlich übertrieben sein, so liegt ihnen doch die richtige Erkenntnis zugrunde, daß die objektiven Probleme schwieriger geworden sind:

- Viele Menschen fragen: „Wovon sollen unsere Kinder morgen leben?“ Sie spüren, daß die Gefahr einer neuen Weltwirtschaftskrise mit tiefgreifenden Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Lage bei uns nicht abgewendet ist.

Und sie spüren zugleich, daß diese Gefahr mit den Rezepten von gestern und vorgestern nicht abgewendet werden kann, sondern noch vergrößert wird.

– Viele Menschen fragen: „Können wir morgen noch gesund leben?“ Das Bewußtsein von der drohenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen hat blanken ökonomischen Fortschrittsglauben vergangener Jahre zweifelhaft werden lassen. Immer mehr Menschen erkennen, daß die sogenannten „Selbstheilungskräfte des Marktes“ ökonomische und ökologische Probleme vielfach nicht lösen, sondern verschärfen.

– Sehr viele Menschen fragen: „Werden wir morgen noch in Frieden leben?“ Erstmals in ihrer Geschichte ist die Menschheit in der Lage, sich selbst zu vernichten. Diese uns umfassend bedrohende Gefahr überschattet zunehmend alle anderen Probleme. Immer mehr Menschen erkennen, daß es zur Politik der Entspannung und zu aktiver Friedenssicherung keine vernünftige Alternative gibt.

– Viele Menschen fragen: „Wird die Entwicklung zu einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen Leben gestoppt?“ Immer mehr Frauen erkennen, daß unsere Zukunft nur dann lebenswert bleiben wird, wenn sie die Chance erhalten und nutzen, aktiv an der Lösung der Probleme der Gegenwart mitzuwirken.

Verantwortliche zukunftsorientierte Politik muß diese Sorgen und Ängste erkennen und bewußt machen – ohne Anwendungen von Hysterie, aber mit schonungsloser Gründlichkeit. Wir dürfen bei der Betrachtung denkbaren Unheils nicht stehenbleiben, sondern müssen vorbehaltlos nach den Ursachen fragen.

5. Verantwortliche Politik muß darauf gerichtet sein, Ursachen von Gefahren, Ängsten und Sorgen auszuräumen. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß auch die beste Politik niemals die Lösung aller menschlichen Probleme erreichen kann. Irrtum und Schuld, Schmerz und Verzweiflung, Krankheit und Unglück werden auch in einer freieren, gerechteren und humaneren Gesellschaftsordnung zum Leben der Menschen gehören. Auch in Zukunft wird es Knappheit, Lasten und Pflichten geben.

Wir Sozialdemokraten versprechen deshalb weder das Paradies auf Erden noch die Lösung aller menschlichen Probleme. Demokratischer Sozialismus ist für uns kein fertiger Plan einer neuen Gesellschaftsordnung, sondern das ständige Bemühen um mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität.

Wir wissen, daß wir alle zusammen vor ganz neuen, ganz anderen Herausforderungen stehen. Wir wissen aber auch, daß unser Volk in der Vergangenheit schon viel schwierigere Zeiten gut gemeistert hat und daß sich gerade dabei die deutsche Sozialdemokratie stets besonders bewährt hat.

Von diesen Erkenntnissen aus wollen wir Sozialdemokraten den Gefahren, Ängsten und Sorgen unsere Politik des Aufbruchs nach vorn und der

begründeten Hoffnung entgegensetzen. Es gibt die Gefahren – aber es gibt auch Wege in der Gefahr und Chancen, die Zukunft zu meistern.

6. Nicht Beschwörungsformeln und verschwommene Appelle können den neuen Aufbruch bewirken. Notwendig ist die gestaltende Aktion, die die politischen Kräfte mobilisiert, indem sie die Menschen ermutigt und ihre Reformbereitschaft belebt.

Erfolgreich kann die Richtung nur angeben, wer glaubwürdig ist. Politisches Reden und Handeln müssen durch ihre Übereinstimmung solche Glaubwürdigkeit begründen und immer wieder neu gewinnen. Die Kontinuität unserer Politik nach dem Regierungswechsel, mit der wir in der Opposition die gleiche Sprache sprechen und die gleichen Ziele verfolgen wie in der sozialdemokratischen Regierungsarbeit ist ein wichtiger Prüfstein unserer Glaubwürdigkeit. Ein weiterer ist unser Einstehen in Wort und Tat für die Freiheit von Not und Bevormundung, für die Gerechtigkeit auch bei der Verteilung von Lasten und für die Solidarität, die den Stärkeren und den Schwächeren aufeinander verpflichtet.

Rücksichtsloser Egoismus, mit dem der einzelne nur seinen eigenen Vorteil anstrebt, kann die Fähigkeiten und Leistungen unserer Gesellschaft nicht auf gemeinsame Ziele hinführen. Jeder braucht das Miteinander, um gegen die Wechselfälle des Lebens geschützt zu sein. Das muß und darf nicht für jeden Bereich die Zusammenfassung in große Einheiten und die Betreuung durch große Apparate bedeuten. In überschaubaren, funktionsfähigen Einheiten soll das dort Mögliche geleistet werden. Der mit unserer Geschichte eng verbundene Genossenschaftsgedanke muß neu belebt werden. Überschaubare Einheiten können wirksam das Verantwortungsgefühl des einzelnen ansprechen und seine Einsatzbereitschaft fördern.

Gerade in diesem Zusammenhang gewinnen unsere Städte und Gemeinden eine neue, zusätzliche Bedeutung. Daraus begründet sich ihr verstärkter Anspruch auf Förderung und auf Freiräume, die Bund und Länder stärker zu beachten haben.

7. Die Rechtskoalition geht den falschen Weg: Er führt nicht zur Lösung der bestehenden Probleme, sondern verschärft sie. Dieser Politik fehlt die Überzeugungskraft, die die Menschen ermutigen und ihre Kräfte mobilisieren könnte.

Mit der ungerechten, einseitigen Verteilung der Lasten hat sie die Chance moralischer Glaubwürdigkeit von vornherein verspielt.

Die Übergangsregierung hat damit bereits jetzt erheblichen Schaden angerichtet. Zugleich häufen sich die Anzeichen, daß sie ihre weitergehenden schädlichen Absichten bis zum Wahltag geflissentlich verbirgt. Diesem Ziel dient die Ausklammerung wichtiger Felder der Innenpolitik aus den Koalitionsabsprachen. Auch gegenüber der scheinbaren Kontinuität in der Außen- und Deutschlandpolitik gibt es zunehmend Grund zum Argwohn. Erst

nach dem Wahltag soll offenbar das ganze Ausmaß der mit dem Regierungswechsel bezweckten Änderungen enthüllt werden, erst danach soll der Abbau des Erreichten rücksichtslos betrieben werden.

8. Die Rechtskoalition geht den falschen Weg:

- Sie vermehrt durch ihre Politik die Arbeitslosigkeit.
- Sie spielt Wirtschaftswachstum gegen Umweltschutz aus, ohne zu verstehen, daß wir beides miteinander verzahnen müssen.
- Sie spielt den Sozialstaat gegen die Bürgerfreiheit aus, obwohl erst der Sozialstaat die Freiheit der Vielen gesellschaftlich gewährleistet.
- Sie verkennt, daß die Modernisierung der Wirtschaft mit der Erweiterung der Mitbestimmung Hand in Hand gehen muß, daß Minderung der Arbeitslosigkeit und Humanisierung der Arbeit zusammengehören.

Wir Sozialdemokraten wissen: die Wirtschaftskrise ist nicht zu meistern, ohne daß alle Opfer bringen. Wenn aber Bescheidenheit nur den Schwachen gepredigt wird und Opferwille nur von Arbeitnehmern und ihren Familien, von Mietern und Rentnern, von Sozialhilfeempfängern, Schülern und Studenten verlangt wird, wird dieses Land wieder zur Ellenbogengesellschaft. Ohne Gerechtigkeit keine Vernunft. Ohne Gerechtigkeit geht unser Land kaputt.

Wir Sozialdemokraten wissen: eine solidarische Gesellschaft kann durch Politik allein nicht bewirkt werden. Eine solidarische Gesellschaft bedarf des wachen Bürgersinns, sie steht und fällt mit den Tugenden der Bürger. Wir wissen aber auch, daß Bürgersinn allein nicht schützen kann vor Angst und Not. Deshalb gilt es, den Sozialstaat mit Bürgersinn zusammenzubringen und beides nicht zu entzweien.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß es insbesondere im Interesse der kommenden geburtsstarken Jahrgänge eines qualifizierten wirtschaftlichen Wachstums bedarf, in den Bereichen Umweltschutz, Energieeinsparung, Stadt- und Dorfsanierung, Nahverkehr, Soziale Dienste und Bildung. Hier müssen öffentliche Beschäftigungsprogramme ansetzen. Mit Wachstum allein ist allerdings die Arbeitslosigkeit nicht zu überwinden. Wir wissen aber auch: Wachstum darf nicht Selbstzweck sein. Wir dürfen nicht zum Untertan unseres eigenen Wirtschaftssystems werden. Man darf nicht den technischen Fortschritt vorantreiben, ohne die Arbeitswelt zu humanisieren und die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Arbeitnehmer haben einen Anspruch auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen, d.h. auf den Schutz ihrer Gesundheit, auf sichere Arbeitsplätze und eine verbesserte Arbeitsumwelt, auf befriedigende Arbeitsinhalte, eine soziale Arbeitsorganisation und auf Mitbestimmung.

Wir Sozialdemokraten wissen, wie entscheidend die Zukunft unseres Landes von Leistung, Tatkraft und den Anstrengungen von uns allen bestimmt wird. Wir wissen aber auch, daß der Mensch nicht auf seine Rolle in der

Wirtschaft reduziert werden darf. Gerade in schwierigen Zeiten muß sich unsere Demokratie bewähren. Deshalb müssen wir unbeirrbar am Prinzip der Gerechtigkeit festhalten und die Schwachen vor der Überwältigung durch die Starken schützen.

Wir stemmen uns gegen die Ellenbogengesellschaft. Die solidarische Gesellschaft ist unsere Orientierung.

9. Die Rechtskoalition geht den falschen Weg:

Gegenüber dem Osten schwankt sie zwischen Drohung und Unentschiedenheit, zwischen starken Worten und halbherziger Unterstützung der Entspannungspolitik. Gegenüber dem Westen ergeht sie sich in Ergebnissbezeugungen, verweigert den Freunden aber, worauf sie Anspruch haben: den Widerspruch bei Interessenkonflikten.

Wir stehen zum westlichen Bündnis. Wir sagen aber auch gleichzeitig klipp und klar, wo unsere eigenen deutschen Interessen liegen. Weder lassen wir uns in unseren Osthandel hineinreden, noch erlauben wir es anderen, über unseren Kopf hinweg militärische Entscheidungen für uns zu fällen. Deutschland muß seine Interessen entschieden vertreten. Wir wollen ein selbstbewußter Partner in einer frei gewählten Allianz sein. Unser Leitmotiv lautet: SPD – weil es um deutsche Interessen geht.

II. Arbeit erhalten und neu schaffen

10. Sozialdemokraten wissen, was Arbeitslosigkeit für die Arbeitnehmer und ihre Familien bedeutet: Arbeitslosigkeit ist eine Entwürdigung des Menschen. Sie ist eine schwere Belastung des Selbstwertgefühls, insbesondere der jungen Generation, die bereits von Beginn ihres Erwerbslebens an erfährt, daß sie nicht gebraucht wird – aber auch der älteren Arbeitnehmer, die die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Bundesrepublik mit geschaffen haben, nun aber das Gefühl haben, zum „alten Eisen“ geworfen zu werden.

Die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung sagen uns, daß Entwürdigung der menschlichen Existenz auch die Haltung der Menschen zur staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung beeinflusst. Insofern ist für Sozialdemokraten Arbeitslosigkeit nicht nur eine moralische Frage. Sie ist auch für unsere soziale und demokratische Gesellschaftsordnung eine große Herausforderung und bedeutet für die politische und soziale Stabilität unserer Zukunft eine schwere Hypothek.

Die erfolgreiche Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit ist deshalb aus sozialen, wirtschaftlichen und moralischen Gründen die wichtigste Aufgabe unserer Zeit. Wir Sozialdemokraten wissen, daß es keine schnell wir-

kenden Patentrezepte gibt, aber konkrete Handlungsfelder, auf denen sich verantwortliche Politik bewähren muß. Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag 1982 in München den Weg gewiesen, wie Arbeitsplätze besser gesichert und neue geschaffen werden können.

Unsere dichten wirtschaftlichen Verbindungen mit dem Ausland setzen uns Einflüssen aus, die wir allein nicht steuern können. Der Ölpreis, die Inflationsraten anderer Volkswirtschaften und die vergleichsweise hohen Zinsen in den Vereinigten Staaten gehören dazu. Unser Land verdient einen wesentlichen Teil seines Volkseinkommens durch unseren Export auf den Weltmärkten. Unsere Industrie hat im Jahre 1982 ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit durch einen Handelsbilanzüberschuß von etwa 60 Milliarden DM eindrucksvoll bewiesen. Doch die weltweite Krise trifft auch uns. Unsere Aufträge aus dem Ausland sind rückläufig. Das verstärkt die anhaltende wirtschaftliche Schwäche auf unserem Binnenmarkt.

Wir Sozialdemokraten wollen alles in unseren Kräften Stehende tun, um die Arbeitslosigkeit in einer gemeinsamen Anstrengung in den 80er Jahren zu überwinden. Konservative Lösungen können dabei nicht weiterhelfen. In allen Ländern, wo die Angebotsbedingungen verbessert wurden und gleichzeitig die Nachfrage beschnitten wurde, wo Arbeitnehmer, Mieter, Rentner, Kriegssopfer, Jugendliche, Familien mit Kindern und Sozialhilfeempfänger einseitig belastet wurden, hat dies zu einer Verschärfung der Krise geführt.

Wir Sozialdemokraten sind keine Maschinenstürmer. Aber der technische Fortschritt muß in seinen Auswirkungen sozial beherrschbar und umweltverträglich sein und darf die Arbeitnehmer nicht mit Massenarbeitslosigkeit bedrohen.

Die Rechtskoalition begeht in der Wirtschafts- und Finanzpolitik die gleichen Fehler, mit denen konservative Regierungen in anderen Ländern schon gescheitert sind. Ihre unsoziale Sparpolitik wird Hunderttausenden zusätzlich ihren Arbeitsplatz nehmen. Lohnpausen sind keine Antwort auf die Probleme unserer Zeit. Sie sind eine Ungeheuerlichkeit gegenüber der verantwortungsbewußten Tarifpolitik unserer Gewerkschaften.

11. Was ist zu tun?

○ Wir drängen auf einen internationalen Beschäftigungspakt, auf dessen Grundlage die großen Industriestaaten gemeinsam wieder eine expansivere Wirtschaftspolitik betreiben. Eine Konferenz dieser Staaten sollte unverzüglich zusammentreten, um den Beschäftigungspakt auszuarbeiten. Zu den wichtigsten Inhalten muß ein international abgestimmter, weiterer Zinsabbau gehören.

○ Wir werden uns auch in internationalen Organisationen einer Einigung des Welthandels widersetzen. Dies gilt auch für den Osthandel, der neben der politischen auch eine beträchtliche wirtschaftliche Bedeutung hat. Wir werden allerdings nicht zulassen, daß unsere leistungsfähige Industrie mit

manipuliert niedrigen Preisen von ausländischen Unternehmen ruiniert wird.

○ Wir wollen unsere Entwicklungspolitik fortsetzen. Sie beruht auf dem Prinzip der internationalen Solidarität. Sie hilft beiden Partnern. Bei uns sichert sie viele Arbeitsplätze.

○ Wir fordern im eigenen Land die Zusammenarbeit aller am Wirtschaftsleben beteiligten gesellschaftlichen Gruppen, Personen und Einrichtungen in einem Solidarpakt zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Zu diesem Pakt müssen Unternehmer, Gewerkschaften, alle staatlichen Ebenen und auch die Bürger beitragen. Die Bundesbank ist dabei gefordert, ihre Möglichkeiten zur weiteren Zinssenkung ohne Verzug zu nutzen und durch ihre Geldpolitik Wachstumschancen zu schaffen.

○ Sogar der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat uns bestätigt, daß wir in den letzten Jahren unserer Regierungsverantwortung eine beachtliche Konsolidierungsleistung erbracht haben. Aber wir dürfen unsere Konjunktur nicht kaputtsparen. Es ist wirtschaftlich vernünftiger und sozial gerechter, wenn der Staat Kredite aufnimmt, um Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, als wenn er es tut, um ihre Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren.

○ Wir kämpfen für die Verwirklichung des kürzlich von uns vorgelegten „Beschäftigungshaushalts 1983–1985“. Er wird solide finanziert, und zwar im wesentlichen

– aus einer Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer für die Besserverdienenden, die an die Stelle der Zwangsanleihe der Rechtskoalition tritt;

– aus dem Verzicht auf die geplante Wiedereinführung ungerechter Kinderfreibeträge, die die höheren Einkommen begünstigen;

– aus einer Begrenzung der Vorteile aus dem Ehegattensplitting bei sehr gut Verdienenden.

Damit werden wir vor allem die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Verbesserung der beruflichen Qualifizierung der Arbeitnehmer – insbesondere der Frauen –, zusätzliche öffentliche und private Investitionen im Umweltschutz und der Energieversorgung sowie einen verstärkten Wohnungsbau finanzieren.

○ Wir treten für ein gezieltes Wachstum ein. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten und Wachstumsfelder könnten sich vor allem im Umweltbereich und im Bereich der Dienstleistungen eröffnen. Auch von einer Intensivierung unserer Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt können Wachstumsimpulse ausgehen.

○ Unsere Industrie muß wettbewerbsfähig bleiben. Deshalb sind wir uns der zentralen Bedeutung der privaten Investitionen für unsere Volkswirtschaft bewußt. Wir erstreben die stärkere steuerliche Begünstigung von arbeitsplatzschaffenden Investitionen zu Lasten ausgeschütteter Gewinne.

Mit konkreten steuerpolitischen Gesetzgebungsvorschlägen werden wir in der nächsten Legislaturperiode die dazu notwendige Neuregelung einleiten.

○ Wir bejahen besonders die unternehmerischen Leistungen der Handwerker und anderen kleinen und mittleren Selbständigen und wollen ihre Leistungsfähigkeit – auch in Anerkennung ihres Beitrages zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – fördern.

○ Dabei geht es darum, die Kapitalgrundlage kleiner und mittlerer Unternehmen zu stärken und für sie die Gewährung zinsgünstiger Kredite für Investitionen und Existenzgründungen sowie ihre Beratung und Information weiterzuführen. Sie müssen sich im marktwirtschaftlichen Wettbewerb behaupten können.

○ Wir wollen keine Subventionen nach dem Gießkannenprinzip. Subventionen in zukunftsorientierte und umweltfreundliche Produkte und Produktionsverfahren sind ökonomisch wie ökologisch geboten. Wir werden vor allem darauf achten, nicht die Vernichtung, sondern die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern. Das bedeutet, Beschäftigungsaufgaben und Erfolgskontrollen.

○ Der tiefgreifende Strukturwandel der Wirtschaft führt zu sektoralen Schwächen und regionalen Ungleichgewichten. Wo beide Auswirkungen zusammentreffen, muß die staatliche Strukturpolitik den Unternehmen bei der notwendigen Modernisierung der Volkswirtschaft besonders helfen. Wir bejahen diese staatliche Pflicht beispielsweise für die Küstenländer, wo aus der Krise der Werften, Fischerei und Reederei eine Krise der ganzen Region zu werden droht, aber auch für das Zonenrandgebiet.

○ Die Stahlunternehmer haben durch eigenes Handeln den ruinösen Wettbewerb in der Stahlindustrie verschärft. Die privatwirtschaftlichen Lösungsversuche sind bisher gescheitert.

Ein verlässlicher europäischer und bundesweiter Rahmen für die Stahlpolitik fehlt bislang. Das kann von uns nicht akzeptiert werden. Die Stahlpolitik in Europa muß sicherstellen, daß nicht hochmoderne Stahlwerke vernichtet werden zugunsten von veralteten, hochsubventionierten Anlagen.

Daher fordern wir die Entwicklung eines nationalen Stahlprogramms. Ziele sind dabei die Wahrung der regionalen und sozialen Struktur in den Stahlrevieren und die langfristige Versorgung der stahlverarbeitenden Industrie. Das nationale Stahlprogramm hat dafür zu sorgen, daß die Stahlstandorte erhalten bleiben, die jeweils starken Produkte durch Investitionen gestärkt und Doppelinvestitionen und damit neue Überkapazitäten vermieden werden.

Wenn ein solches Programm an privatwirtschaftlichen Egoismen scheitert, sind gemeinwirtschaftliche Lösungen unumgänglich.

Wir fordern die Beteiligung aller Unternehmen mit ihren Betriebsräten und Arbeitsdirektoren, sowie der Gewerkschaften an den zu entwickelnden Vorschlägen.

○ Bei dem Bemühen, die strukturellen Probleme unserer Wirtschaft zu lösen, ist eine sinnvolle sachliche und zeitliche Abstimmung aller öffentlichen und privaten Maßnahmen erforderlich. Als Grundlage dafür fordern wir die Aufstellung eines Bundesentwicklungsplans, dessen Globalgrößen der öffentlichen Hand als verbindliche Richtlinien und dem privaten Bereich als Orientierungsdaten dienen würden.

○ Mit unserer Forschungs- und Technologiepolitik leisten wir einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Behauptungsfähigkeit unseres Landes: Die notwendige Modernisierung der Volkswirtschaft kann ohne erhebliches staatliches Engagement nicht gelingen. Die dafür eingesetzten Steuermittel sind nur zu rechtfertigen, wenn dadurch Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen werden. Für die soziale Beherrschung des Modernisierungsprozesses sind mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften unerlässlich.

○ Wir treten ein für eine deutliche Verbesserung der beruflichen Bildung, für Bildungsurlaub, sowie für verstärkten Einsatz und Intensivierung arbeitsmarktpolitischer Instrumente für Fortbildungsmaßnahmen, Integrationshilfen und – wo nötig – Umschulung. Investitionen in Kenntnisse und Fähigkeiten sind wichtige Zukunftsinvestitionen.

○ Wir werden die vielfältigen Bemühungen der Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzung unterstützen. Arbeitszeitverkürzung ist wegen der wachsenden Produktivität unserer Wirtschaft möglich, aber auch geboten. Neben dem Beschäftigungseffekt ist die Arbeitszeitverkürzung auch ein Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens. Besonders die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit trägt zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei und ermöglicht gesellschaftliches Engagement. Mit dem Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes sowie mit den Vorschlägen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit, die die SPD-Bundestagsfraktion eingebracht hat, können und sollen arbeitszeitliche Rahmenbedingungen festgelegt werden. Die tarifpolitischen Einzelheiten einschließlich der Lohnentwicklung müßten von den Tarifpartnern vereinbart werden. Die Forderung nach einem tarifpolitischen Einstieg in die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Richtung auf die 35-Stunden-Woche und der Lebensarbeitszeit steht für uns dabei im Vordergrund. Wir wissen, daß eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß. Die Belastung unterer Einkommensgruppen kann dabei durch besondere Regelungen gemildert werden.

○ Ohne eine aktive Arbeitsmarktpolitik wird es letztlich nicht gelingen, die Wirkungen des weltwirtschaftlichen Strukturwandels auf die Beschäftigung in unserem Land zu beherrschen. Nicht weniger, sondern mehr und gezieltere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind notwendig. Dieses Geld ist gut angelegt, denn es bringt Menschen in Arbeit und entlastet die Arbeitslosenversicherung.

Besonders Frauen verlangen zu Recht mehr Angebote zur beruflichen Qualifizierung und mehr Hilfen bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verbesserung der sozialen Dienste und der sozialen Infrastruktur müssen so ausgestaltet werden, daß neue Formen selbständiger Wirtschaftstätigkeit und alternative Modelle der Arbeit in den Gemeinden ebenfalls gefördert werden können.

○ Das Hauptproblem der jungen Generation ist nicht der Ausstieg aus der Gesellschaft, sondern der Einstieg ins Berufsleben. Für die vielen jungen Menschen, die jetzt die Schulen und Ausbildungsstätten verlassen, brauchen wir eine „Beschäftigungsbrücke“. Deshalb wollen wir das System der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausbauen, es soll sich auf die neuen Wachstumsfelder konzentrieren. Sie sollen vor allem jüngeren Menschen den Einstieg in die Arbeitswelt ermöglichen.

○ Eine qualifizierte Ausbildung ist noch immer die beste Sicherung für die beruflichen Chancen des einzelnen und für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. In unserem Berufsbildungssystem ist es Verpflichtung der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Die SPD wird deshalb in Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden dafür sorgen, daß alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz in Betrieb, Schule, Hochschule oder außerbetrieblicher Ausbildungsstätte erhalten. Aufbauend auf Initiativen sozialdemokratischer Landesregierungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen für bisher unversorgte Jugendliche werden wir – z. B. durch Ergänzung des Arbeitsförderungsgesetzes – die Möglichkeit eröffnen, daß in besonders dringenden Fällen das Arbeitsamt in Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Berufsbildung die Kosten der beruflichen Erstausbildung übernehmen kann.

○ Besonders in strukturschwachen Gebieten muß das Angebot an Ausbildungsplätzen verbessert werden. Dabei sollen Ausbildungsplätze in solchen Betrieben genutzt werden, die ihre Kapazität nicht voll auslasten. Außer- und überbetriebliche Ausbildungsstätten sollen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Kammern geschaffen werden. Die Ausbildungskapazitäten im allgemein- und berufsbildenden Schulwesen müssen ausgeweitet werden.

12. Wir stehen beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in einem natürlichen Bündnis mit den Gewerkschaften, bieten aber darüber hinaus allen gesellschaftlichen Gruppen unsere Zusammenarbeit an.

○ Die Mitbestimmung sichert die Arbeitnehmer davor, daß die Folgen der Krise einseitig auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Mitverantwortung verlangt Mitbestimmung. Deshalb treten wir für die Verwirklichung der vollen paritätischen Mitbestimmung nach dem Modell der Montanmitbestimmung ein. Die bereits bestehende Mitbestimmung in der Montanindustrie werden wir auf Dauer sichern.

Darüber hinaus werden wir auch die Mitbestimmung in Betrieben und Behörden ausbauen, vor allem bei Fragen der Arbeitsplatzgestaltung, der technischen und sozialen Betriebsorganisation.

Zur Bewältigung der umfassenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme muß die Mitbestimmung auch über die betriebliche Ebene hinaus entwickelt werden.

Wir wollen eine Ächtung der Aussperrung.

○ Die von Sozialdemokraten begonnene Politik zur Humanisierung des Arbeitslebens ist fortzusetzen. Dazu gehört auch die Schaffung umfassender und wirksamer rechtlicher Grundlagen für die Bekämpfung von krankmachenden Faktoren und Unfallgefahren in der Arbeitswelt. Dies sollte in Übereinstimmung mit dem DGB durch ein Arbeitsschutzgesetz verwirklicht werden.

○ Wir unterstützen jede Initiative zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer, die zu einer echten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen führt, die Staatsfinanzen nicht unangemessen belastet und die Solidarität der Arbeitnehmer zueinander nicht gefährdet. Die von den deutschen Gewerkschaften entwickelten Lösungswege finden unsere Zustimmung.

○ Wir stellen fest, daß Sparmaßnahmen ganz überwiegend zu Lasten von Arbeitnehmern und Versicherten gehen. Wir bestehen daher im Steuerrecht auf der Ergänzungsabgabe als nicht rückzahlbarem Solidarbeitrag der Besserverdienenden. Dieser Beitrag soll zur Stärkung der Beschäftigung verwendet werden.

○ Wir wollen den Mißbrauch von Steuervorteilen durch Abschreibungsgesellschaften, der hohe Steuerausfälle für nicht förderungswürdige Vorhaben verursacht, unterbinden. Die Vorschläge des Landes Nordrhein-Westfalen für mehr Steuergerechtigkeit finden unsere Zustimmung.

○ Wir werden die notwendigen Vorkehrungen dagegen treffen, daß dem Staat weiterhin durch Steuerhinterziehung bei Kapitaleinkünften – insbesondere bei hohen Zinseinkommen – Milliarden an dringend benötigten Mitteln verlorengehen.

Wir werden uns aus den gleichen Gründen für ein generelles Verbot der Leiharbeit einsetzen. Durch Leiharbeit werden Milliardenbeträge an Steuern und Sozialabgaben hinterzogen.

○ Wir lehnen Eingriffe in die Gewerbesteuer, wie z. B. Kürzung der Hinzurechnung von Dauerschulden und Dauerschuldzinsen, ab, weil die Aushöhung oder gar Abschaffung der Gewerbesteuer die kommunale Finanzautonomie beseitigen und den Gemeinden die Möglichkeit zu aktiver Beschäftigungspolitik nehmen würde.

13. Wohnen und Bauen ist für Normalverdiener sehr teuer geworden. Deshalb halten wir ebenso fest an unseren Vorschlägen zur gerechteren Be-

steuerung von Bauland und zur Verhinderung der Bodenspekulation. Unvertretbare staatliche Subventionierung im Baubereich, die einseitigen Vermögenszuwachs aus Steuermitteln bedeutet, muß abgebaut werden. Z. B. ist eine Vermögensbildung von Spitzenverdienern zu Lasten des staatlichen Finanzaufkommens nicht förderungswürdig.

Wer dagegen hohe Sparleistungen und hohen Konsumverzicht für seinen eigengenutzten Wohnraum erbringt, der verdient die Hilfe des Staates. Familien mit Kindern und breite Schichten müssen eine stärkere Förderung erhalten. Die Hilfen zu diesem Zweck müssen vereinfacht und ausgeweitet werden.

Das soziale Mietrecht muß gerade in einer Zeit schwacher Bautätigkeit unangetastet bestehen bleiben. Der Schutz der Mieter gegen unsoziale Kündigungen und unangemessene Mietpreissteigerungen ist unverzichtbar. Ihr Schutz gegen Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und gegenüber Verdrängung durch Luxusmodernisierungen ist auszuweiten. Die von der Rechtskoalition betriebene Wohnungspolitik auf dem Rücken der Mieter gefährdet den sozialen Frieden, ohne zur Steigerung des Wohnungsbaus beizutragen. Deshalb werden wir die von der Rechtskoalition bewirkten Änderungen rückgängig machen.

14. Wir bejahen und unterstützen den bäuerlichen Familienbetrieb. Wir halten fest an der sozialen Absicherung der in der Landwirtschaft Beschäftigten.

Im Vordergrund unserer Agrarpolitik stehen zwei Aufgaben:

- Die Reform des EG-Agrarmarktes ist dringender denn je, um den sinnlosen und kostspieligen Überproduktionen ein Ende zu machen. Wir halten fest an der sogenannten 1%-Mehrwertsteuergrenze, auch im Fall der EG-Erweiterung, weil nur so der nötige Reformdruck erhalten bleibt.
- In der nationalen Agrarpolitik werden wir im Rahmen der begrenzten Haushaltsmöglichkeiten die Sozial- und Steuerpolitik so anpassen, daß mehr Verteilungsgerechtigkeit zwischen kleinen und großen Betrieben herrscht. Die Strukturpolitik im ländlichen Raum muß verstärkt auf die Förderung arbeitsplatzintensiver Investitionen und auf die Verbesserung der Infrastruktur ausgerichtet werden.

III. Den sozialen Frieden bewahren

15. Gerade in schwierigen Zeiten bleibt richtig: wir müssen den sozialen Frieden bewahren. Sozialer Friede ist und bleibt Vorbedingung der gesellschaftlichen Entwicklung. Unser sozialer Friede ist zugleich ein wesentlicher

Grund für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes in den vergangenen Jahrzehnten.

Wer die neuen Herausforderungen meistern will, muß für mehr Gerechtigkeit, für mehr tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern, für ein besseres Zusammenleben der Generationen und für gesellschaftliche Integration unserer ausländischen Mitbürger eintreten.

Sozialdemokraten haben in 16 Jahren Regierungsbeteiligung den sozialen Frieden gesichert, den Sozialstaat ausgebaut und so mehr reale Freiheit für die Vielen geschaffen.

Die Rechtskoalition setzt den sozialen Frieden leichtfertig aufs Spiel: die Finanzprobleme des Staates dienen als willkommener Vorwand zur sozialen Demontage, zur Umverteilung von unten nach oben.

Die unbestreitbaren Finanzprobleme des Systems der sozialen Sicherung zwingen auch uns Sozialdemokraten zu teilweise schmerzhaften Maßnahmen. Wir wissen, daß einzelne Sozialleistungen nur dann weiter wachsen können, wenn es uns gelingt, zu Umschichtungen zu kommen. Um so wichtiger ist es, am Gebot der sozialen Gerechtigkeit festzuhalten. Wir werden auf dem Gebiet der sozialen Sicherung einen neuen dauerhaften Ausgleich zwischen den Generationen anstreben, der dem ständigen Hin- und Herrangieren zwischen den Sozialsystemen einerseits und dem Bundeshaushalt andererseits ein Ende macht.

Soziale Sicherheit ist nicht für Schönwetterperioden gemacht, sie muß gerade in schwierigen Zeiten ihren für den Bürger erfahrbaren Schutz beweisen und bewahren. Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit. Wir lassen nicht zu, daß die wirtschaftliche Krise dazu mißbraucht wird, gesellschaftlichen Fortschritt, Mitwirkungsrechte, Chancengleichheit für Frauen und soziale Gerechtigkeit abzubauen.

Wer den Sozialstaat ohne oder gegen die Gewerkschaften umbauen will, zerstört die Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften und vergiftet das soziale Klima. Wer das Sozialstaatsprinzip und die individuelle Freiheit gegeneinander ausspielt, wer die Basis des sozialen Kompromisses beschädigt, stößt auf unseren entschiedenen Widerstand.

16. Eine der großen Aufgaben in unserer Gesellschaft ist es, tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen.

Situation und Bewußtsein der Frauen haben sich im vergangenen Jahrzehnt tiefgreifend verändert. Wir Sozialdemokraten haben diese Entwicklung gefördert, aber wir waren oft nicht konsequent genug. Denn die Frauen erwarten zu Recht, daß die SPD der entschiedenste Anwalt der Gleichstellung ist.

Viele Frauen spüren, daß sie die eigentlichen Opfer der Rechtskoalition sein werden: von der Streichung des Schüler-BAFÖGs über Eingriffe beim Ehe- und Familienrecht, Rücknahme der Reform des § 218 und schlechtere Ar-

beitschancen bis hin zu geringeren Einkünften der Rentnerinnen – in vielen Bereichen sind dramatische Verschlechterungen bereits erkennbar.

Wir wollen

- mehr Mädchen die Ausbildung auch in gewerblich-technischen Berufen ermöglichen,
- die Wiedereingliederung von Frauen ins Arbeitsleben erleichtern,
- einen unbezahlten Elternurlaub mit Arbeitsplatzsicherung für Frauen oder Männer ermöglichen,
- gesetzgeberische Maßnahmen einleiten, um die Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben zu erreichen.

Für uns bleibt es dabei, daß die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu den wichtigsten Voraussetzungen von Gleichberechtigung gehört. Wir ermutigen alle Frauen, über ihre Aufgaben in Familie und/oder Beruf hinaus sich gesellschaftspolitisch zu engagieren.

17. Die Alterssicherung muß angesichts ihrer künftigen Belastungen infolge der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung und des veränderten Altersaufbaus der Bevölkerung langfristig finanziell gesichert werden. Das gilt nicht nur für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, sondern für die Alterssicherung insgesamt. Deshalb kann ohne die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme die Generationensolidarität nicht erhalten werden. Eine entsprechende Konzeption muß auf soziale Ausgewogenheit und Verlässlichkeit der Generationensolidarität besonders achten. Gerade in der gesetzlichen Rentenversicherung ist Verlässlichkeit der dauerhaften Finanzierung von herausragender Bedeutung.

Wir Sozialdemokraten haben die Reform der Hinterbliebenenversorgung nach dem Prinzip der Gesamtversorgungsrente mit Anrechnung des Kindererziehungsjahres und Fortschreibung der Rente nach Mindesteinkommen vorgeschlagen. Diese Konzeption ist sozial gerecht. Jedoch haben sich die ökonomische Lage und die Zukunftsaussichten in der Rentenversicherung und damit auch die finanziellen Grundlagen der Alterssicherung so entwickelt, daß diese sich nicht unverändert und nicht kurzfristig verwirklichen läßt. Wir halten dennoch an dem Ziel fest, daß eine Gesamtversorgungsrente geschaffen und die Rente nach Mindesteinkommen fortgeschrieben wird, die vor allem Frauen zugute kommt.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, daß die Kindererziehung bei der Rentenberechnung berücksichtigt wird. Allerdings ist die volle Verwirklichung des Kindererziehungsjahres für alle Frauengenerationen nur möglich, wenn entsprechende zusätzliche Steuermittel zur Verfügung stehen; ob, wann und in welchem Umfang das der Fall sein wird, ist nicht absehbar. Wir Sozialdemokraten werden nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten dafür eintreten, daß zunächst Unterbrechungen des Versicherungsverlaufs teilweise ausgeglichen werden, die durch Kindererziehung entstanden sind.

Ältere Menschen sollen so lange wie möglich ein selbständiges Leben in ihrer

gewohnten Umgebung führen. Durch mehr häusliche Pflege und Betreuung können oft Heim- und Krankenhausaufenthalt vermieden werden. Die ambulante Pflege sowie familiäre und nachbarschaftliche Hilfe müssen Vorrang vor der Heimpflege haben. Wir treten ein für eine Erprobung neuer Formen sozialer Hilfe (wie Selbst- und Nachbarschaftshilfe) und für eine gemeindenahere Psychotherapie bzw. Psychiatrie.

Unsere behinderten Mitbürger dürfen nicht „Randgruppe“ unserer Gesellschaft bleiben. Wir Sozialdemokraten setzen uns daher dafür ein, daß die umfassende Wiedereingliederung von Behinderten in das gesellschaftliche Leben weitergeführt wird. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hatte hierzu ein Aktionsprogramm „Rehabilitation in den 80er Jahren“ verabschiedet und einen Bundesbeauftragten für die Belange der Behinderten berufen. Wir fordern aber auch Behinderte wie Nichtbehinderte dazu auf, mehr Verständnis füreinander zu entwickeln. Das „Jahr der Behinderten“ 1981 darf in seinen Zielen und Anliegen nicht in Vergessenheit geraten.

Unser Gesundheitswesen ist leistungsfähig, aber seine ständig wachsenden Kosten führen zu der Gefahr, daß das Gesundheitssystem unbezahlbar wird.

Es geht darum, die vielen Milliardenbeträge der Arbeitnehmer so effektiv wie möglich einzusetzen. Arbeitnehmer wollen eine rationale und soziale Gesundheitspolitik, die ihnen allen zugute kommt und die finanzierbar bleibt. Die bisherigen Bemühungen um Ausgabenbegrenzung waren Schritte in die richtige Richtung. Sie haben jedoch noch keinen dauerhaften Erfolg gebracht. Wir brauchen eine Reform des Gesundheitswesens. Sie muß die Übermacht der Anbieter von Gesundheitsleistungen, vor allem der Ärzte und der Pharmaindustrie, durch effiziente Instrumente abbauen und damit einen Beitrag zur Begrenzung der Einkommens- und Gewinnzuwächse leisten. Die Auswüchse des Arzneimittelmißbrauchs müssen beseitigt werden. Die Überbetonung der technischen Medizin muß abgebaut werden; wir müssen die Weichen für eine medizinische Versorgung stellen, die sich mehr am Menschen und seinem sozialen Umfeld orientiert. Wir brauchen auch mehr soziale Gerechtigkeit in der Krankenversicherung: Ungerechtfertigte Beitrags- und Leistungsunterschiede zwischen den Krankenkassen müssen beseitigt werden.

Bei knapper werdenden Förderungsmitteln muß dem Breiten- und Freizeitsport sowie dem Kinder- und Jugendsport Vorrang eingeräumt werden. Erforderlich ist auch eine Umverteilung der erheblichen Mittel aus den Lottereeinnahmen, um unsere „soziale Offensive im Sport“ weiterzuführen. Das Aktionsprogramm zur Förderung von Schul- und Hochschulsport soll fortgeführt werden. Auch die Förderung des humanen Leistungssports soll beibehalten werden.

18. Der eigentliche Reichtum unseres Landes sind Wissen, Fähigkeiten und

schöpferische Phantasie der Menschen. Wer wie die Rechtskoalition die Bildungschancen junger Menschen angreift, schädigt doppelt: er zerstört die Lebenschancen einzelner und die Zukunftschancen aller.

Die Absichten der Rechtskoalition werden exemplarisch deutlich an dem Kahlschlag gegen die Schülerausbildungsförderung und Umstellung der Studentenförderung auf Vollدارlehen. Wir Sozialdemokraten haben das Bildungswesen geöffnet und mehr Kindern bessere Startchancen verschafft. Die Rechtskoalition hingegen will jetzt wieder den alten, ungerechten Zustand herstellen: Kinder aus einkommensschwachen Familien sollen die Hauptschule absolvieren und sich dann gefälligst einen Arbeitsplatz suchen. Die Bessergestellten sollten auf Gymnasien und Hochschulen gehen und akademische Berufe ergreifen. So wie es früher auch war. Haushaltsgründe werden nur vorgeschoben. In Wirklichkeit geht es bei dieser neuen BAFÖG-Politik um einen ideologischen Kreuzzug gegen die Chancengleichheit.

Auch hierbei werden vor allem Mädchen die Zeche bezahlen müssen: für viele Mädchen wird es dann keine qualifizierte weiterführende Ausbildung mehr geben, die Chancengleichheit ist von Anfang an zerstört. Wir Sozialdemokraten werden deshalb den Abbau der Schülerausbildungsförderung rückgängig machen und bei der Studentenförderung vom Vollدارlehen abgehen. Und mit uns wird es auch keine Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes geben.

19. Unsere Familienpolitik stärkt und fördert die Familie als sozialen und kulturellen Mittelpunkt der Menschen. Der Staat hat die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ein freies und selbstverantwortliches Zusammenleben der Menschen mit Familien möglich ist. Dazu gehört, daß die Wirtschafts- und Erziehungskraft der Familie gestärkt wird.

Wir haben das gleiche Kindergeld für alle geschaffen. Die Einführung dieses Kindergeldes war gegenüber dem früheren Zustand ein großer Fortschritt. Wenn die Finanzlage der öffentlichen Hände heute dazu zwingt, die knappen Mittel gezielter einzusetzen, dann müssen einkommensschwache Familien mit Vorrang gefördert werden. Wir treten für eine Reform des Familienlastenausgleichs ein.

20. Wir beobachten mit Sorge die in jüngster Zeit zunehmende Ablehnung von Ausländern in unserem Land. Das müssen wir gemeinsam mit allen demokratischen Kräften überwinden. Den sozialen Frieden können wir nur erhalten, wenn auf allen Seiten Bereitschaft besteht, aufeinander zuzugehen. Das heißt

- die Deutschen müssen bereit sein, den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien, die auf Dauer hier leben und arbeiten, eine gesicherte Rechtsposition einzuräumen, die ihnen grundsätzlich nicht mehr weggenommen werden kann.
- die Ausländer müssen bereit sein, unsere Rechtsordnung zu achten und

zu befolgen, unsere Lebensart zu respektieren und sich in unsere soziale und wirtschaftliche Ordnung einzugliedern.

Wir treten ein für die Integration derjenigen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien, die auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben wollen. Die Versorgung der ausländischen Arbeitnehmer mit Wohnungen und die Chancen ihrer Kinder in Schule und Berufsausbildung müssen verbessert werden.

Integration ist ein langfristiger Prozeß, der Geduld erfordert. Sie kann nur gelingen, wenn der Anteil der Ausländer an der deutschen Bevölkerung nicht weiter zunimmt. Deshalb ist der Anwerbestopp beizubehalten; branchen- und seasonspezifische Lockerungen werden abgelehnt, Umgehungen sind zu verhindern. Die illegale Beschäftigung von Ausländern in der Bundesrepublik muß konsequent bekämpft werden.

Die Verhandlungen mit der Türkei mit dem Ziel der Aussetzung der Freizügigkeitsregelung im Zuge der EG-Assoziierung sind zügig zu Ende zu führen. Im Zuge weiterer EG-Beiträge ist für die Einführung der Freizügigkeit eine langfristige Übergangsregelung zu vereinbaren. Der Nachzug von Familienangehörigen muß im Rahmen von dem in Artikel 6 des Grundgesetzes garantierten Schutzes von Ehe und Familie und im Rahmen der geltenden internationalen Abkommen möglich sein. Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die Integration wünschen, sollten im möglichst frühen Alter, möglichst bis zum Einschulungsjahr in die Bundesrepublik kommen.

Sozialdemokraten haben in ihrer eigenen Vergangenheit im Ausland Schutz vor politischer Verfolgung gesucht und gefunden. Die vor kurzem gesetzlich geregelte Beschleunigung des Asylverfahrens nutzen wir, um Bedrängten schnell und wirksam zu helfen und Mißbräuche abzuwehren.

IV. Den Frieden mit der Natur suchen und die Umwelt erhalten

21. Die technische Macht des Menschen über die Natur ist in einem Maße gewachsen, daß nicht allein mehr der Schutz des Menschen vor der Naturgewalt, sondern stärker noch der Schutz der Natur vor der Menschengewalt, vor der technischen Gewalt des Menschen notwendig geworden ist. Wir Sozialdemokraten sind überzeugt von der Notwendigkeit und der Möglichkeit, wirtschaftliche Interessen und Umweltschutzinteressen zum Ausgleich zu bringen, so daß neben der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft auch der Ausbeutung der Natur ein Ende gemacht wird. Wir wollen den Frieden mit der Natur suchen und die Umwelt erhalten. Umweltschutz bietet Chancen für qualitatives Wachstum und damit für neue Arbeitsplätze. Gegen hinhaltenden Widerstand von Interessengruppen und deren par-

lamentarische Helfer haben wir in den vergangenen Jahren Schritte in die richtige Richtung getan: Mit dem Benzin-Blei-Gesetz und dem Bundes-Immissionsschutzgesetz die Reinhaltung der Luft vorangetrieben; mit dem Abwasserabgabengesetz und der Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz die Gewässerverschmutzung vermindert; mit dem Abfallbeseitigungsgesetz die ungeordnete Mülldeponie beseitigt, die Zahl der Deponien verringert und neue Möglichkeiten der Abfallverwertung eröffnet; mit dem Chemikaliengesetz einen ersten Schritt zur umfassenden Kontrolle der Herstellung und Verwendung umweltgefährdender chemischer Stoffe getan. Die sozial-liberale Regierung hat am 1. September 1982 Eckwerte für ein ökologisches Schwerpunkt-Programm beschlossen; wir Sozialdemokraten stehen zu diesen Beschlüssen.

In den kommenden Jahren geht es darum, die Umweltpolitik verstärkt zum Maßstab für andere Politikbereiche zu machen. Die Rechtskoalition will demgegenüber auch auf dem Gebiet der Umweltpolitik die Wende: Alle Sonntagsreden und auch die Übernahme einzelner Elemente unserer Umweltpolitik können nicht darüber hinwegtäuschen, daß für sie Umweltschutz zur Nebensache geworden ist. Die Umwelt wird einem blinden Glauben an Wachstum und „Selbstheilungskräfte des Marktes“ geopfert.

22. Für uns ist die Erhaltung der Umwelt eine bestimmende Vorgabe für alle Politikbereiche. Die Vielfalt der Natur ist zu schützen und soweit möglich dort wiederherzustellen, wo sie beschädigt ist. Konkrete Beobachtungs- und Überwachungssysteme sind dafür unverzichtbar. Ohne humane Gestaltung der Arbeitswelt sowie der Wohnumwelt gibt es keine menschenwürdige Zukunft. Technisch-wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen müssen umwelt- und sozialverträglich sein. Das vorhandene Umweltrecht muß konsequenter angewandt und weiterentwickelt werden.

Die Bürger müssen an Entscheidungen über umweltverändernde Vorhaben beteiligt werden, bevor diese Entscheidungen gefallen sind. Dazu gehört die Einbeziehung von Wissenschaftlern mit kontroversen Ausgangspositionen.

Konsequente Umweltpolitik kann nicht an Ländergrenzen haltmachen. Deshalb ist für uns Umweltpolitik ein gewichtiger Schwerpunkt sozialdemokratischer Europapolitik. Mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung von öffentlichen und privaten Vorhaben wird ein wichtiger Beitrag zur Durchsetzung ökologischer Kriterien bei Investitionen gemacht.

Es genügt nicht, die Probleme von Ökologie und Umweltschutz richtig zu erkennen und ihre Ursachen zu benennen. Wer verändern will, muß praktische Verantwortung übernehmen und gestalten wollen. Ohne den Willen und die Fähigkeit zur praktischen Umsetzung des Gewollten wird niemand seiner Verantwortung vor der Zukunft gerecht. Dazu gehört allemal die Bereitschaft zum konstruktiven Kompromiß zwischen widerstreitendem Interesse. Wir Sozialdemokraten sind dazu bereit.

23. Schwerpunkte unserer Umweltpolitik sind:

○ Durchgreifender Gewässerschutz

Wir wollen, daß am Ende dieses Jahrzehnts die deutschen Flüsse und Seen sauber sind und die Trinkwasserversorgung gesichert ist. Dazu werden wir ein neues Gewässerschutzprogramm in der Art des erfolgreichen Rhein-Bodensee-Programms für alle Flüsse vorlegen; die notwendigen Verhandlungen zur Sanierung des Rheins, der Elbe, der Weser und der Werra vorantreiben; den Grundwasserschutz verbessern, besonders durch Zurückdrängen der Belastung durch Nitrate und Pflanzenschutzmittel. Der Verschmutzung der Nord- und Ostsee ist Einhalt zu gebieten; das Wattenmeer ist zu schützen; die Einleitung von Dünnsäure in die Nordsee ist bis spätestens Mitte der 80er Jahre zu verbieten.

○ Intensive Lärmbekämpfung

Lärm wird heute immer mehr von einer Belästigung zu einer Gesundheitsgefährdung. Der Lärm muß schon an der Quelle bekämpft werden.

○ Schärfere Bestimmungen zur Luftreinhaltung

Die Gefährdung von Natur, Gesundheit, Kultur und Sachgütern durch die Verschmutzung der Luft erzwingen ein entschiedenes und schnell wirksam werdendes Handeln.

Dazu sind einmal internationale Vereinbarungen unerlässlich. National werden wir u. a. die Großfeuerungsanlagenverordnung auf der Basis der Beschlüsse der sozialliberalen Bundesregierung vom 1.9.1982 unverzüglich erlassen. Sie soll durch die schnelle Verabschiedung eines Schwefelabgabengesetzes in ihrer Wirkung verstärkt werden. Die weitere Reduzierung der schädlichen Bestandteile in den Kfz-Abgasen ist durchzusetzen.

○ Mehr Schutz vor Chemikalien

Die Wirkung zahlreicher Chemikalien auf die Umwelt ist als Gefahr nur unzureichend erkannt. Wir werden das Chemikaliengesetz, das sich in erster Linie auf die Prüfung „neuer“ Stoffe bezieht, strikt anwenden. Wir werden Sorge dafür tragen, daß auch jene Altstoffe, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für ihre Gefährlichkeit aufgetreten sind, unverzüglich in die Prüfung einbezogen werden.

Wegen der insbesondere auch aus der Umwelt herrührenden Belastung von Lebensmitteln mit gesundheitlich bedenklichen Stoffen, werden wir die bestehenden lebensmittelrechtlichen Bestimmungen ergänzen und verschärfen.

Wir werden das Pflanzenschutzgesetz überarbeiten mit dem Ziel, neuere ökologische Erkenntnisse zu berücksichtigen und so den Schutz der Umwelt noch besser zu gewährleisten. Wir werden auch Vorkehrungen treffen, um mögliche ökologische Schäden in der Dritten Welt durch den Export gefährlicher Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel zu verhindern.

Wir wollen eine Landwirtschaft, die aktiv und verantwortungsvoll mitwirkt an der Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Das Ausräumen der Landschaft und das Kanalisieren der Gewässer muß gestoppt und der Eintrag von Dünger und Pflanzenschutzmitteln in das Oberflächen- und Grundwasser verringert werden. Der ökologische Landbau und die artgemäße Nutztierhaltung verdienen Unterstützung.

○ Mehr Chancen für den Naturschutz

Die Aufgaben des Naturschutzes müssen konsequenter als bisher wahrgenommen werden. Dabei werden wir auch eine Neuordnung der Ressortzuständigkeiten prüfen, um bessere Interessenabwägungen zu ermöglichen.

Wir halten fest an der Absicht, auf dem Gebiet des Naturschutzes für anerkannte Naturschutzverbände in bestimmten Fällen ein Klagerecht einzuführen (Verbandsklage).

Wir fordern regelmäßige Umweltberichte der Kommunen, Länder und des Bundes, um die dramatischen Entwicklungen deutlich werden zu lassen, die in Natur und Umwelt vor sich gehen.

24. Beim künftigen Umgang mit Rohstoffen und Energien muß mehr noch als bisher Sparsamkeit erstes Gebot sein.

Zum schonenderen Umgang mit Rohstoffen sollen beitragen

- die Verringerung der Abfallaufkommen aus Verpackungen,
- die Einführung von Verwertungsgeböten für Abfälle.

Die Eckwerte der Energiepolitik einer SPD-geführten Bundesregierung sind:

○ die Grundrichtung „weg vom Öl“,

○ entschiedene Anstrengungen zur besseren Nutzung und Einsparung von Energie (entsprechend der Empfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und aufbauend auf den schon bisher erreichten Erfolgen der Energieeinsparung),

○ Erschließung erneuerbarer Energieträger,

○ Vorrang der heimischen Kohle vor der Kernenergie in der Wärmeversorgung und bei der Stromerzeugung;

○ begrenzte Nutzung der Kernenergie zu genau umrissenen Sicherheitsbedingungen nachrangig zur Kohle bei gleichzeitigem Bemühen, um Voraussetzungen dafür zu schaffen, langfristig auf Kernenergie verzichten zu können.

○ die Entscheidung der SPD-Bundestagsfraktion, keinerlei weitere öffentliche Mittel für den zur Plutoniumwirtschaft führenden Schnellen Brüter zur Verfügung zu stellen, wird ausdrücklich begrüßt.

Wir wenden uns entschieden gegen die Politik der Rechtskoalition, die das Heizenergiesparprogramm nicht fortführt, die deutsche Steinkohle vernachlässigt und bedenkenlos auf immer mehr Kernkraft setzt.

Wir Sozialdemokraten setzen dagegen unsere bewährte Kohlepolitik fort.

Aus gesamtwirtschaftlichen, energiepolitischen, regional- und sozialpolitischen Gründen ist unserem eigenen Steinkohlebergbau Sicherheit in höchstem Maße zu gewähren. Die Arbeiter und Angestellten im Steinkohlebergbau haben einen Anspruch auf Klarheit und Gewißheit ihrer Zukunft. Die gegenwärtige Förderkapazität darf keinesfalls unterschritten werden. Ein Abbau der bisher schon erfolgreichen Förderung neuer Kohletechnologien darf nicht vorgenommen werden. Neue Verfahren zur Vermeidung von Schwefeldioxid-Emissionen beim Verbrennen von Kohle sind zu fördern.

Bereits heute ist absehbar, daß mittelfristig Kohle-befeuerte Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung einen sehr viel größeren Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs leisten werden.

Wo immer praktisch möglich, werden wir die Versorgung mit Fernwärme fördern und durchsetzen. Dies ist zugleich ein wesentlicher Beitrag zur Reinhaltung der Luft.

Die Zukunft der Kernenergie hängt zunächst ab von der tatsächlichen Lösung der Entsorgungsprobleme. Am Ende dieses Jahrzehnts ist der Betrieb von Kernkraftwerken immer weniger zu verantworten, wenn keine Entsorgung im Inland oder neue gesicherte Entsorgungsmöglichkeiten im Ausland nachgewiesen werden.

25. In der Verkehrspolitik müssen Qualität vor Quantität, Sicherheit und umweltangepaßte Planung - z. B. von Radwegen - vor Neubau und Netzerweiterungen stehen. Insbesondere gilt für alle Verkehrsbereiche, die vorhandenen Kapazitäten durch Verknüpfung besser zu nutzen. Schwere Lasten über lange Strecken gehören verstärkt auf die Schiene.

Wir werden den öffentlichen Personennahverkehr weiter ausbauen und seine Leistungsfähigkeit sowohl auf der Schiene wie auf der Straße (Omnibus) verbessern. Die Modernisierung der Bundesbahn ist Voraussetzung für ihre wirtschaftliche Zukunft.

Parallelinvestitionen zwischen Straße und Schiene sowie zwischen Wasserstraße und Schiene sind grundsätzlich zu vermeiden. Wir halten die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals nicht für zweckmäßig.

V. Der freiheitliche Rechtsstaat gibt dem Bürger Schutz und Gestaltungsmöglichkeiten

26. Die rechts- und innenpolitischen Reformen sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen haben mehr Gerechtigkeit geschaffen und die Freiheitlichkeit unserer staatlichen Ordnung erweitert. Die Fähigkeit des Staates zum Schutz dieser Ordnung und des einzelnen Bürgers ist gestärkt worden. Die Bürger haben ein ausgeprägtes Rechtsempfinden und demokratisches

Selbstbewußtsein entwickelt. Für sie sind die Ergebnisse der Reformpolitik heute selbstverständlicher Besitzstand. Er ist durch die Rechtskoalition gefährdet. CDU und CSU haben die Reformpolitik jahrelang heftig und uneinsichtig bekämpft. Ihre jetzigen Absichten sollen bis zum Wahltag unklar bleiben. Danach will Strauß auch hier bestimmen, was sein darf und was nicht. Schon heute machen Vorbehalte und einzelne Ankündigungen deutlich: den Reformen drohen tiefe Einschnitte, droht die Aushöhlung.

27. Wir Sozialdemokraten halten am neu geschaffenen Ehe- und Familienrecht fest. Das Scheidungsverfahren ist ehrlicher und nicht entwürdigend, die Scheidungsfolgen sind gerechter. Die früher übliche einseitige Benachteiligung der Frau schließt es aus. Auch für besondere Einzelfälle gewährleistet die Billigkeitsklausel gerechte Entscheidungen. Mit einer Rückkehr zur gerichtlichen Schulduntersuchung unter dem Vorwand angeblichen Scheidungsunrechts würde ein schwerer Mangel des früheren Rechtszustandes erneuert. Diesen Schaden für die Gleichberechtigung der Frau werden wir nach Kräften abwehren.

Mit der sozial-liberalen Reform des § 218 StGB wurde der Schutz des ungeborenen Lebens gegenüber dem früheren Rechtszustand wesentlich verbessert. Die Neuregelung trägt den Erfahrungen mit Not und Unglück in zahllosen Einzelfällen Rechnung. Durch die Reform ist den Frauen erstmals die Möglichkeit eröffnet worden, die eigene Konfliktsituation ohne Furcht vor Strafe zu offenbaren und Hilfen in Anspruch zu nehmen. Durch die Reform sehen wir uns in unserer Überzeugung bestätigt: beraten ist besser als strafen. Jede Aushöhlung würde das erschweren und Frauen erneut den Zugang zu Beratung und Hilfe verstellen oder sie in die Illegalität zurückstoßen. Die bekannt gewordenen Bestrebungen innerhalb der derzeitigen Bundesregierung treffen auf unseren entschiedenen Widerstand. Sie verschlechtern den Schutz des ungeborenen Lebens, den sie angeblich verbessern wollen, und werden der Notlage von Frauen nicht gerecht.

28. Das Recht auf Teilnahme an einer öffentlichen Demonstration hat Verfassungsrang. Auch diese Form der Mitwirkung an der Meinungsbildung in der Gesellschaft muß den Bürgern weitmöglichst gewährleistet sein. Strafvorschriften zum Schutz von Demonstrationen vor Störungen und Gewalttaten dürfen friedliche Teilnehmer nicht einschüchtern oder entmutigen. Deshalb widersetzen wir uns weiterhin den seit Jahren unablässig geforderten Verschärfungen des für Versammlungen und Demonstrationen geltenden Rechts. Wo das geltende Recht unter voller Ausschöpfung seiner Möglichkeiten angewandt wird, reicht es in jeder Hinsicht aus. Verschärfungen werden es nicht wirksamer machen. In der Anwendung könnten sie leicht selbst zum Anlaß unfriedlicher Auseinandersetzungen werden. Wir verurteilen die Überwälzung der Kosten für Polizeieinsätze auf Demonstranten.

Gewaltanwendung bei der öffentlichen Austragung von Meinungsunter-

schieden lehnen wir unnach-sichtig ab. Wir werden es an der wirksamen Abwehr solcher Gewalt niemals fehlen lassen und die Schutzfähigkeit unseres Staates erhalten. Über den polizeilichen Zugriff und die Strafverfolgung hinaus bemühen wir uns um die allgemeine Stärkung des Bewußtseins, daß Gewalttätigkeit im Umgang der Menschen miteinander schlechthin verwerflich ist. Das gilt nicht nur für Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit. Auch im privaten Bereich fehlt es leider noch vielfach an solcher Einsicht. Der wachsende Bedarf an Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen, auf deren Probleme die Frauenbewegung zu Recht aufmerksam gemacht hat, bietet dafür ein ebenso bedrückendes Beispiel wie die erschütternd hohe Zahl von Kindesmißhandlungen.

Mit der besonders gefährlichen Gewalttätigkeit des politisch motivierten Terrorismus ist unser Land unter sozialdemokratischer Führung fertig geworden, ohne dabei seine Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit aufzugeben. Den von CDU und CSU wiederholt unternommenen Versuchen, die Liberalität gegen die Fähigkeit des Staates zum Schutz seiner Bürger und seiner Ordnung auszuspielen, haben wir erfolgreich widerstanden. Entschlossenes Vorgehen gegen den Terrorismus hat den Erfolg seiner Straftaten vereitelt, zur Festnahme und Bestrafung der meisten Täter geführt und auch dadurch die von uns mit Nachdruck betriebene geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus unterstützt. An dieser Grundlinie halten wir fest und widersetzen uns weiterhin ungezügelter Gesetzesverschärfungen ebenso wie der pauschalen Verdächtigung und Verunglimpfung kritischer Mitbürger.

Unsere entschlossene Abwehr gilt gleichermaßen den Gewalt- und Terrorakten rechtsextremistischer Täter. Ihre Gefährlichkeit haben wir im Unterschied zu konservativen Politikern niemals unterschätzt. Im Gegensatz zu ihnen halten wir es auch für eine unerträgliche Kränkung des allgemeinen Rechtsbewußtseins, wenn neonazistische Agitationskriminalität unzureichend oder gar nicht geahndet wird. Wer öffentlich den Völkermord an Juden leugnet und damit verharmlost, darf nicht straflos bleiben. Die Erinnerung an die Errichtung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates vor 50 Jahren ist für uns eine besondere Verpflichtung, den noch von Sozialdemokraten in der Bundesregierung vorbereiteten Gesetzentwurf zur Schließung dieser Strafrechtslücke energisch weiter zu verfolgen.

29. Das allgemeine Rechtsbewußtsein wird auch dort empfindlich belastet, wo durch Wirtschaftskriminalität Schäden in Milliardenhöhe, zumeist zu Lasten weniger begüterter und weniger gewandter Bürger angerichtet werden. Den unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung erfolgreich betriebenen Ausbau des Wirtschaftsstrafrechts werden wir deshalb verstärkt fortsetzen.

Wir werden das Konkursrecht ändern und dabei die Erhaltung von Arbeitsplätzen, die Absicherung der Sozialpläne und den Schutz der kleinen Gläu-

biger besonders berücksichtigen. Und wir werden alle Bestimmungen verändern, die es multinationalen Konzernen einfacher erscheinen lassen, gerade den Betrieb in der Bundesrepublik zu schließen.

Ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Rechtspolitik war seit jeher und bleibt weiterhin die Ausgestaltung des zivilrechtlichen Verbraucherschutzes. Darin verwirklichen wir inhaltliche Chancengleichheit und ausgleichende Gerechtigkeit an Stelle bloß formaler Rechtsgleichheit.

30. Die jetzt von der Rechtskoalition im Eilverfahren durchgesetzte Neugestaltung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer ist für uns nicht hinnehmbar, weil mit der abschreckenden Verlängerung des Zivildienstes und der weitgehenden Beibehaltung der Gewissensprüfung den auf Abhilfe wartenden jungen Menschen nur eine Verschlechterung zugemutet wird. Nur eine Regelung, die eine angemessene Verlängerung der Zivildienstzeit mit dem Verzicht auf die unwürdige Prozedur der Gewissensprüfung verbindet, wird dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung wirklich gerecht.

31. Wir wissen, daß die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ebenso wie die Wahrnehmung staatlicher Schutzaufgaben eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung erfordert. In der Wahrnehmung dieser Aufgaben hat der öffentliche Dienst eine eigenständige Funktion. Die in ihm Tätigen haben Anspruch auf Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten erfordert das auch von ihnen die Bereitschaft, notwendige Lasten je nach Höhe des Einkommens mitzutragen.

Wo Sozialdemokraten Regierungsverantwortung tragen, haben sie beim Zugang zum öffentlichen Dienst versucht, bei vielen jungen Menschen bestehende Unsicherheiten und Besorgnisse gegenstandslos zu machen. Über den bereits von der Regierung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt vorgelegten Gesetzentwurf zur Ermessensausübung im Disziplinarverfahren hinaus bedarf das Beamtenrecht einer grundsätzlichen Überprüfung.

Ständig verbesserte technische Möglichkeiten der Datenverarbeitung erfordern zum Schutz der persönlichen Sphäre des Bürgers die wirksame, enge Begrenzung der Speicherung und Verwendung personenbezogener Daten. Belange der inneren Sicherheit brauchen durch den Datenschutz nicht beeinträchtigt zu werden, sie dürfen ihm gegenüber aber auch nicht unbeschränkten Vorrang haben. Eine Aufweichung des gesetzlichen Datenschutzes lehnen wir deshalb ab. Wir werden aufgrund der bisherigen Erfahrungen das Datenschutzgesetz umfassend novellieren.

32. Längst ist die frühere Erwartung der Menschheit zweifelhaft geworden, daß technischer und wissenschaftlicher Fortschritt letztlich immer Nutzen und Vorteile bringt. Heute fragen die Menschen besorgt, ob nicht auch zunehmend bedrohliche und also gesellschaftlich unerwünschte technische Möglichkeiten eröffnet werden. Nachdem zum Beispiel die Gen-Technologie bei weiterer Fortentwicklung vielleicht sogar den Weg zur Manipulation

des menschlichen Individuums eröffnet, sind Sorgen berechtigt. Wir werden deshalb ein Gesetz zur Kontrolle der Gen-Forschung vorlegen. Die verantwortungsvolle Frage nach dem Verhältnis von Nutzen und Schaden, nach der Verträglichkeit des Ergebnisses für die menschliche Gesellschaft und für die Natur muß Forschungsvorhaben schon in einem früheren Stadium begleiten. Verantwortliche Forschung muß sich deshalb in allen Phasen öffentlicher Kritik stellen.

33. Der Entwicklungsstand neuer Medien und der Informations- und Kommunikationstechniken insgesamt stellt uns auch heute vor die Frage, wie aus technischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt werden kann. Die vom Postminister der Rechtskoalition betriebene zusätzliche Verkabelung der Bundesrepublik mit technisch überholten Kupfernetzen ausschließlich zum Zwecke der Fernsehverteilung läßt Behutsamkeit, Verantwortungsgefühl und Innovationskraft vermissen. Statt die in wenigen Jahren verfügbare, vielseitig nutzbare Glasfaser-Kabeltechnik abzuwarten, will er jetzt Milliarden aus den Gebühren der Postkunden und zusätzlich über Kredite ausgeben, um kommerzielle Fernsehprogramme zu ermöglichen.

Wir wollen dagegen die Machtbalance zwischen der privaten Presse und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten. Wir treten dafür ein, daß bestehende Mängel in beiden Bereichen überwunden werden.

Wir widersetzen uns allen Versuchen der CDU/CSU, Funk und Fernsehen in den Dienst von Parteipolitik und Kommerzinteressen zu stellen. Mit den CDU/CSU-Kommerzplänen hätten wir zwar mehr, aber keine besseren Programme - wir hätten amerikanische Verhältnisse auf dem Bildschirm.

Wir streiten für die Erhaltung von Meinungsfreiheit und -vielfalt. Wer sowieso schon großen Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung hat, soll nicht auch noch den Zugriff auf Funk und Fernsehen bekommen. Wir widersetzen uns einer gefährlichen „Elefanten-Hochzeit“ von Springer und Burda. Wir wollen die Pressevielfalt im lokalen und regionalen Bereich wieder herstellen.

Wir werden die Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken nicht dem Wildwuchs überlassen. Wir sehen eine sinnvolle Nutzung dieser neuen Techniken dort, wo dadurch neuartige Nutzungen für jeden Teilnehmer mit jedem Teilnehmer erschlossen werden: z. B. im Bereich der geschäftlichen Kommunikation, beim Bildfernsprechen o.ä.. Kabelkommunikation lediglich zur passiven Berieselung durch kommerzielle Fernsehprogramme lehnen wir ab.

Aber wir sehen auch die Risiken der neuen Informations- und Kommunikationstechniken, z. B. für die Humanisierung des Arbeitslebens. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir Einführungsstrategien entwickeln, die mehr Mitbestimmung zur Bedingung machen, die den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und den Datenschutz sichern, und die die neuen Chancen zur Arbeitszeitverkürzung nutzen. Wir wollen die neuen Techniken in Ein-

klang mit den Interessen der Betroffenen behutsam und sozialverträglich steuern.

VI. Wir wollen den Frieden

34. Die Menschheit will Frieden. Oberstes Ziel unserer gesamten Politik ist die Erhaltung des Friedens, denn sonst hört jede sinnvolle menschliche Entwicklung auf.

Die SPD hat Deutschland nie in einen Krieg geführt. Die SPD ist die verlässliche politische Kraft, damit nie wieder von Deutschland Krieg ausgeht. Wir stehen für 16 Jahre der Bewahrung und Sicherung des Friedens; darauf sind wir stolz. Wer die SPD stärkt, stärkt die Friedenspolitik!

Die SPD tritt für eine Erziehung zum Frieden ein und wird – anders als die gegenwärtige Rechtskoalition – die Friedens- und Konfliktforschung nachhaltig fördern.

Die bisherige Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Rechtskoalition hat keine Gewißheit über ihren zukünftigen Kurs verschafft. Nebeneinander stehen Reden von Kontinuität und Rückfall in entspannungsfeindliche Feindbilder. Sollte CDU und CSU tatsächlich die bisher bekämpfte Friedenspolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt übernehmen, so würden wir dies begrüßen. Aber auch dann bliebe der Zweifel, ob sie diese Politik wirklich mit Leben füllen und weiterentwickeln könnte.

35. Die äußere Sicherheit ist für unser Land nur im Atlantischen Bündnis und nur an der Seite der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens zu verwirklichen. Aber die Interessen der einzelnen Partner im Bündnis sind nicht immer deckungsgleich. Es ist heute nötiger denn je, daß die Bundesrepublik ihre eigenen Interessen wirksam im Bündnis vertritt.

Die Bundesrepublik erfüllt ihre Verpflichtung innerhalb des Bündnisses und seines festgelegten Geltungsbereichs voll. Dies ist vor allem Verdienst der Bundeswehr, die unter sozialdemokratischen Verteidigungsministern zu einer leistungsfähigen und verlässlichen Streitkraft in unserer Demokratie geworden ist.

Aktive Friedenspolitik heißt Sicherheit und Entspannung. Dies verlangt Verhandlungen mit dem Ziel der Sicherheitspartnerschaft, denn keiner kann allein den Frieden gewährleisten. Die modernen Waffen ermöglichen es, daß die Welt sich selbst vernichtet. Westeuropa und Osteuropa, die Bundesrepublik und die DDR stehen vor der Alternative: Entweder gemeinsam leben – oder zusammen im Konflikt untergehen. Deshalb können wir Sicherheit nicht mehr vor dem Gegner sondern nur noch mit ihm erreichen. Angesichts dieser Alternative ist die wirksame Abrüstung nur durch Ver-

tragspartnerschaft zu erreichen. Die SPD wird ihre Erörterung über erforderliche neue Strategien vorantreiben. Nur die SPD wird die Perspektive der Sicherheitspartnerschaft in Wirklichkeit umsetzen.

36. Die SPD bleibt verlässlich:

○ Unser Nein zur Neutronenwaffe gilt. Wir fordern ihre weltweite Ächtung.

○ Wir fordern die Einstellung aller Atomwaffenversuche und ein entsprechendes Teststopabkommen.

○ Produktion und Lagerung von bakteriologischen und chemischen Kampfstoffen in der Bundesrepublik werden abgelehnt. Wir werden darauf hinwirken, daß die Giftgasbestände in der Bundesrepublik Deutschland entfernt werden und einer künftigen Lagerung solcher Kampfstoffe nicht zustimmen. Wir fordern die weltweite Abschaffung dieser Waffen.

○ Die deutsche Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag und unser vitales deutsches Interesse rechtfertigen unsere dringliche Aufforderung an die beiden Großmächte, endlich mit der nuklearen Abrüstung zu beginnen.

○ Wo vom Gleichgewicht zwischen Ost und West die Rede ist, müssen alle Nuklearwaffen, auch die französischen und britischen berücksichtigt werden.

○ Es bleibt bei unserer restriktiven Haltung zu Rüstungsexporten.

Wir Sozialdemokraten bekräftigen unsere Position:

○ Die Verhandlungen in Genf über euro-strategische Raketen wären ohne die Einwirkung der Bundesregierung Helmut Schmidt nicht zustande gekommen. Sie müssen mit dem Ziel geführt werden, sowjetische Raketen abzubauen, um die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen überflüssig zu machen. Es ist Aufgabe jeder Bundesregierung, auf beide Weltmächte einzuwirken, damit dieses Ziel erreicht wird. Einen Automatismus der Stationierung darf es dabei nicht geben.

Wir Sozialdemokraten werden im Herbst 1983 entscheiden, welche Folgerungen aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand zu ziehen sind. Die sowjetische und amerikanische Seite müssen sich von ihren Ausgangspositionen auf einen Kompromiß zubewegen. Wenn die Genfer Verhandlungen mangels Verständigungswillens einer Seite kein Ergebnis erzielen sollten, so würde dies unsere Entscheidung wesentlich beeinflussen. Die Rechtskoalition dient weder deutschen noch amerikanischen Interessen, wenn sie den Eindruck erweckt, die US-Regierung könne mit Zustimmung der Bundesrepublik auf ihrer Ausgangsposition vom Herbst 1981 beharren.

Die Sowjetunion und der Warschauer Pakt haben sich durch die Vorschläge Andropows und die Prager Erklärung ein Stück in die richtige Richtung bewegt. Die USA und die NATO müssen sich nun ebenfalls auf den Verhandlungspartner zu bewegen.

Die erstmalige Chance der Raketenreduzierung und eines Vertrages des Gewaltverzichts zwischen NATO und Warschauer Pakt muß genutzt werden.

Nur eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird alle deutschen Möglichkeiten der aktiven Einwirkung in Genf nutzen.

○ Wir fordern ein vereinbartes Stationierungsmoratorium für neue Raketen-systeme kürzerer Reichweite.

Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Kernwaffen müssen in die Abrüstungsverhandlungen einbezogen werden. Unser Ziel bleibt ein atomwaffenfreies Europa, wie es bereits im Godesberger Grundsatzprogramm beschlossen wurde.

Die Abrüstung im nuklearen Bereich muß durch Verhandlungen im konventionellen Bereich ergänzt werden, insbesondere durch eine Verringerung der Truppenstärken in Mitteleuropa. Deshalb fordern wir eine Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE). Bei den Wiener Verhandlungen müssen nun Reduzierungsvorschläge unabhängig von der Datendiskussion entschieden werden.

Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen! Nie wieder darf Europa durch einen Krieg verheert werden!

Den Frieden zu erhalten, ist der Wunsch und der Wille aller Europäer. Den Frieden zu festigen, das ist der besondere Wunsch von uns Deutschen. Denn nur in einem besseren Frieden für Europa können wir unsere nationalen Probleme bewältigen.

Unsere Verantwortung für die Einheit der Nation weist uns auf den Weg der Vertragspolitik mit der DDR. Das heißt Respektierung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der DDR. Nur so können wir die Verbindungen zwischen den Menschen wachhalten. Wir sind und bleiben eine Geschichts-, Kultur-, Sprach- und Gefühlsgemeinschaft.

Verbindungen und Bindungen schaffen ist Ausdruck der Gemeinsamkeit und festigt sie. Die Menschen in der Bundesrepublik und Berlin (West), denen der bessere Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zuteil wird, müssen moralisch und politisch mit den Deutschen in der DDR und Ost-Berlin solidarisch bleiben. Dazu muß ihnen die Politik der Bundesregierung ein Beispiel geben: Ein Beispiel der Geduld, der Beharrlichkeit und des Augenmaßes. Taten allein zählen.

Auch für Berlin hat sich die Vertragspolitik bewährt. Entspannungspolitik und Konfliktbewältigung haben sich gerade hier positiv ausgewirkt. Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 bleibt die sicherste Garantie dafür, daß seine stabilisierenden Impulse auch in Zukunft weiterwirken. Wir werden alles in unseren Kräften stehende tun, um Berlin in seiner Wirtschaftskraft zu stärken.

37. Die Europäische Gemeinschaft kann und muß eine wichtige Rolle auch

für den äußeren Frieden, für den gewaltfreien Ausgleich zwischen den Staaten spielen. Ein Beispiel dafür ist die Forderung nach abgestimmtem Vorgehen zur Kontrolle und weitestgehender Einschränkung von Rüstungsexporten.

Mit ihrer Entwicklungs- und Handelspolitik ist die EG ein beachtlicher Partner im Nord-Süd-Dialog, dessen Bedeutung im weltweiten Konflikt zwischen Arm und Reich wächst. Wir Sozialdemokraten setzen uns für eine engere Europäische Politische Zusammenarbeit ein und fordern eine Wiederbelebung der Integrationsprozesse in der Europäischen Gemeinschaft. Die deutsch-französische Zusammenarbeit stabilisiert die europäische Einigung; zugleich stärkt sie die Rolle Europas gegenüber den beiden Großmächten. Auch für die friedensstabilisierende Rolle der EG ist die Süderweiterung um Spanien und Portugal unerlässlich.

Die von Willy Brandt geleitete Kommission sagt zu Recht: der gerechte Ausgleich zwischen Nord und Süd, zwischen Reich und Arm ist die soziale Frage dieses Jahrhunderts. Zugleich ist dies die zweite große friedenspolitische Aufgabe unserer Zeit.

Dabei hat sich die Situation vieler Entwicklungsländer durch die tiefe Krise der Weltwirtschaft in den letzten Jahren noch einmal dramatisch verschlechtert. Noch stärker als die Industriestaaten leiden sie unter den vergiftenden Folgen der gewaltig gestiegenen weltweiten Rüstungsausgaben – 650 Milliarden Dollar allein 1982. Auch deshalb setzen wir uns mit Nachdruck ein für ein Ende des Wettrüstens. Zugleich streben wir eine Neuordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen an, welche beiderseitigen Interessen gerecht wird und den Entwicklungsländern bessere Chancen gibt für eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Dazu werden wir die Verwirklichung von Sofortmaßnahmen unterstützen, wie sie von der Nord-Süd-Kommission vorgeschlagen worden sind. Warnen wollen wir vor dem Versuch der Rechtskoalition, den Ost-West-Konflikt auf die Dritte Welt zu übertragen; sie zerstört Vertrauen, das Sozialdemokraten in vielen Jahren für unser Land erworben haben.

Unterschiede der politischen Systeme, der Ideologien, Religionen oder Kulturen dürfen für uns niemals zum Anlaß werden, um Mitmenschen in Not und Elend zu belassen. Alles andere ist unchristlich.

Die Bundesrepublik ist ein Land mittlerer Größe, das unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt ein besonderes Gewicht in der Welt bekommen hat. Wir haben als geteiltes Land in der Mitte Europas besondere Probleme. Deutschland muß als Partner des Westens seine Interessen entschieden vertreten.

VII. Gemeinsam können wir es schaffen

38. Wir Sozialdemokraten stehen für die grundsätzliche Alternative zur Ellenbogengesellschaft des rücksichtslosen Egoismus. Unser Weg heißt:

Wir vertrauen auf die Kraft der Solidarität und auf die Weitsicht der mündigen Bürger.

Wir sind sicher, daß die große Mehrheit der Bürger bereit zu gemeinsamen Anstrengungen ist, sofern damit neue Zukunftschancen eröffnet werden und die Lasten gerecht verteilt werden.

Wir wenden uns in diesem Wahlkampf ausdrücklich an die Frauen: Sie spüren, daß sie die eigentlichen Verlierer in einem CDU/CSU-Staat sein würden; vieles soll zurückgedreht werden, was in den letzten Jahren als neue Lebenschancen für Frauen erreicht wurde. Immer noch stört das Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen das konservative Weltbild.

Wir Sozialdemokraten sind zuversichtlich, daß sich die Frauen gegen die Demontage ihrer Rechte zur Wehr setzen werden und ihr neues Selbstbewußtsein stärker ist als die Attacken konservativer Ideologien.

Die Arbeitnehmer und ihre Familien waren und bleiben das Fundament der Sozialdemokratie. Obwohl verschiedene soziale Gruppen bei uns ihren Platz gefunden haben, liegt in der Verbindung zu den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften auch künftig die stärkste Quelle unserer Kraft.

Die jungen Menschen bitten wir: Helft mit bei der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft, macht mit uns den Aufbruch nach vorn! Wenn wir heute auch nur für ein paar Jahre den falschen Weg beschreiten, müßt ihr morgen unendlich viel Kraft aufbieten, um die Schäden wieder zu beseitigen.

Den alten Menschen geben wir unser Wort: sie können sich darauf verlassen, daß wir den Vertrag der Generationen einhalten und weiter ausgestalten. Gerade sie spüren jeden Tag aufs neue, wie wichtig mehr Gemeinsamkeit, mehr Miteinander und mehr Mitmenschlichkeit ist.

39. Wir Sozialdemokraten wollen die Zukunft unseres Landes in innerem und äußerem Frieden so gestalten, daß sie eine gute Zukunft für alle Bürger wird. Damit wollen wir sichern und fortführen, was sozialliberale Bundesregierungen unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt geleistet und erreicht haben. Dafür kämpfen wir erneut um die politische Führung in unserem Land.

Wir bitten die Wählerinnen und Wähler: Gehen Sie zur Wahl. Verschenken Sie Ihre Stimme nicht an unwirksame Splittergruppen oder Parteireste. Wählen Sie nicht gegen Ihre eigenen Interessen.

Unser Land braucht wieder eine kompetente Regierung, die seine Interessen entschieden vertritt und das Vertrauen der Menschen besitzt. Nutzen wir die Chance, sie mit Hans-Jochen Vogel als Bundeskanzler zu wählen! Mit ihm können wir es gemeinsam schaffen.

Beschlüsse des Dortmunder Wahlparteitags

Gliederung

	Seite
Anträge zum Wahlprogramm	194
Anträge, die sich nicht auf das Wahlprogramm beziehen	244
Entschließungen	247
Verzeichnis	251